

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rosenkranz, Mayerhofer, Vilimsky
und weiterer Abgeordneter

betreffend Erhöhung der Planstellen für die Exekutive

**eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (39 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des
Bundesvoranschlages für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007 –
BFG 2007) samt Anlagen (70 d.B.); Kapitel 11 Inneres**

Die Kriminalität in Österreich steigt, die Anzahl der Exekutivbeamten sinkt.

Alleine die Kriminalstatistik der letzten Monate ist leider in negativem Sinne beeindruckend. Allein im März 2007 sieht alles gleich ganz anders aus. Nur mehr 7,8 Prozent Steigerung im Vergleich zu 2006. Dafür ist die Aufklärungsquote um 2 Prozent gesunken. Gesamt wurden in diesem Zeitraum in Österreich 153.685 Straftaten angezeigt. Dies bedeutet über 1.700 Straftaten am Tag, über 70 in der Stunde, jede Minute mindestens eine Straftat! Die Aufklärungsquote ist dafür gesunken.

Im Jahr 2000 hatte das Innenressort noch einen Personalstand von 33.159 Bedienten, im Jahr 2006 waren es nur mehr 31.146. Die Beamten für den exekutiven Außendienst werden immer weniger – der Stellenplan für das Jahr 2008 weist um 394 Planstellen weniger für Exekutivbeamte in der Verwendungsgruppe E2b auf, als der Stellenplan des Jahres 2007.

Betrachtet man die Kriminalstatistik der letzten zehn Jahre so erkennt man gleich einen enormen Kriminalitätsanstieg. Für das Jahr 1998, das Jahr seit dem Österreich das Schengener Abkommen anwendet, kann man der Kriminalstatistik 479.859 angezeigte Fälle entnehmen. Im Jahre 2000 waren es ca. 520.000, im Jahre 2002 über 590.000, im Jahre 2004 mehr als 643.000 und 2006 wieder fast 590.000 angezeigte Fälle. Die Anzahl der fremden Tatverdächtigen im Verhältnis zur Gesamtsumme der Tatverdächtigen wächst nach wie vor stetig. Organisierte Kriminalität aus dem Osten treiben ungeniert ihr Unwesen in Österreich. Der jährliche Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich, der Sicherheitsbericht 2005 besagt zum Beispiel, dass

- Österreich auf Grund der Asylgesetze als beliebter Zufluchtsort für Straftäter aus Tschetschenien, Georgien und Weißrussland gilt. Österreich gilt auch als Sitz zum Planen und Steuern von Straftaten. Georgische Tätergruppen verüben hauptsächlich Einbruchsdiebstähle, moldawische Gruppen Auftragstaten wie Überfälle. Die Anwerbung neuer Mitglieder erfolgt nach Eintreffen in der Asylunterkunft.
- innerhalb der Zuwanderergemeinden in Österreich und Europa kriminelle Strukturen bestehen. In Österreich wurden so genannte Gebietsvertreter etabliert, welche aus den jeweiligen Herkunftsländern ihre Anordnungen entgegennehmen. Schwerpunkte der kriminellen ethnischen Gruppierungen sind die Eigentumskriminalität, Schlepperei, der Drogenschmuggel und Menschen- und Waffenhandel. Die Kriminalstatistik weist einen hohen Anteil an Straftätern aus Südosteuropa in nahezu allen Deliktsfeldern aus.

- Rumänische und bulgarische Gruppierungen sich in Österreich vorwiegend auf Diebstähle und Einbruchsdiebstähle spezialisiert haben. Im Berichtsjahr stieg die Anzahl der minderjährigen Straftäter, die Hintermänner konnten noch nicht ausgeforscht werden. In Österreich wurden in den letzten Jahren verstärkt Frauen aus Rumänien und Bulgarien der illegalen Prostitution zugeführt.
- den Mitgliedern der fünf in Italien registrierten kriminellen Vereinigungen nach Art der Mafia (Camorra, 'Ndrangheta, Sacra Corona Unita, Stidde-Gruppierungen, Cosa Nostra) Österreich unverändert als Rückzugsraum und Operationsbasis zur Abwicklung strategischer Aktivitäten dient.

Die Haftanstalten sind überfüllt. Seit dem Jahr 2004 gibt es in Österreich mehr Häftlinge als Haftplätze. Für 8.639 Angehaltene gab es im Vorjahr und 8.612 Haftplätze. Das waren um 25,9 Prozent mehr Häftlinge als im Jahr 2000. Mit 1. Jänner 2007 befanden sich über 3.600 Ausländer in Haft, das sind ca. 42 Prozent.

Selbstverständlich ist die Exekutive grundsätzlich bereit, die Sicherheit der Österreicher zu gewährleisten. Doch sind die Rahmenvorgaben der Politik ein nicht unwesentliches Mosaiksteinchen für ein funktionierendes Gesamtbild.

In Hinblick auf eine drohende Schengenerweiterung, es sollen nun die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern, Malta, und die drei baltischen Staaten, neue Schengen-Staaten werden, und der zur Zeit schon ohne Schengen-Erweiterung bestehenden Probleme mit den bereits vorhandenen Schengen-Staaten, vor allem in Bezug auf importierte Kriminalität und rechtswidrige Einreise, sowie die bevorstehenden Ausrichtung der Europameisterschaft 2008, ist es unabdingbar, unser Exekutive aufzustocken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, schnellst möglich, für eine Erhöhung der Planstellen beim Exekutivdienst im Ansatz 1170 des Planstellenverzeichnisses zu sorgen.“

